

Die offenen Fenster von 1990

Die deutsche Einheit und die vertane Chance auf Frieden in Europa

Von Hans Misselwitz

Wenn in diesem Jahr der deutschen Einheit vor 25 Jahren gedacht wird, überwiegen ganz eindeutig die positiven Einschätzungen. Demnach handelte es sich insgesamt um einen überaus gelungenen Prozess, ja um eine „Sternstunde der Diplomatie“.¹ Entsprechend selten kommen folglich die den Entscheidungen innewohnenden Alternativen zur Sprache. Dabei sind diese derzeit von erstaunlicher Brisanz: Heute spüren wir, dass manches, was nach dem Umbruch von 1989 liegen blieb, zum Problem wird – und zwar zu einem Problem in und für ganz Europa.

Als 1989 die Berliner Mauer fiel, kehrte eine Frage auf die Agenda der Weltpolitik zurück, die für die Zukunft Europas von grundsätzlicher Bedeutung war: An der Grenze, die Deutschland teilte, war eine unerledigte Geschichte eingefroren, die sogenannte deutsche Frage – die Frage, ob und wie ein befriedetes, friedliches Europa ein großes, vereintes Deutschland verkraften könne, nachdem es zuvor den Kontinent zweimal in katastrophale Kriege gestürzt hatte. Dass die „deutsche Frage“ mit der europäischen zusammenfiel, war unvermeidlich. Dass sie sich als ein Aspekt des überall in Europa mit großer Sympathie begleiteten demokratischen Aufbruchs, des Strebens nach „Rückkehr nach Europa“ stellte, war ein glücklicher Umstand. Dass es von deutscher Seite keine nationalistischen Töne gab, sondern Zurückhaltung, Respektierung der Ängste der Nachbarn, das Bekenntnis zu Europa, galt als Beweis dafür, dass die Lektion aus der Geschichte gelernt wurde.

Förmlich war die „deutsche Frage“ am 15. März 1991 gelöst – mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Das Versprechen der Herstellung einer Friedensordnung für ganz Europa wurde am 21. November 1990 mit der Charta von Paris für ein neues Europa grundlegend formuliert. Dabei knüpfte man an die 1975 verabschiedete Schlussakte von Helsinki, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an.

Die damalige Chance, auf diesen Grundsätzen aufbauend eine gemeinsame, alle Teilnehmerstaaten einschließende, effektive Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu schaffen, ist jedoch nicht wirklich genutzt worden. Heute erleben wir, dass sich in Europa eine neue Spal-

¹ So die beiden US-Diplomaten und Zeitzeugen Philip Zelikow und Condoleezza Rice, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.

tung etabliert, militärisch wie politisch – und zwar aktuell an der Grenze der Ukraine mit Russland. Das ist Anlass genug, sich der Chancen, Versäumnisse und Verantwortlichkeiten von 1989/1990 genau zu erinnern.

1990 hielten formal immer noch die Alliierten des Zweiten Weltkriegs die Schlüssel zur Lösung der „deutschen Frage“ in der Hand. Auch 45 Jahre nach Kriegsende trugen sie die Verantwortung für Deutschland als Ganzes – und damit auch für die Friedensordnung in Europa.

Den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und dessen Folgen geschuldet, behandelten sie die „deutsche Frage“ als eine Frage des Friedens in Europa. Seit der am 1. Januar 1942 in Washington verabschiedeten „Declaration by United Nations“² verfolgten sie zwei grundlegende Ziele. Erstens: Sicherheit vor Deutschland, dessen aggressive Politik die Welt 1939 in den blutigsten aller Kriege gestürzt hatte. Das hieß auch: kein zweites Versailles, also keine Demütigung Deutschlands und damit keine Revitalisierung des deutschen Nationalismus. Und zweitens: keinen „Sonderfrieden“ mit Deutschland, kein zweites Brest-Litowsk, der die Siegermächte gegeneinander ausspielte und das Gleichgewicht in Europa auf Dauer stören würde.

Diese Ziele bildeten in Verbindung mit der Atlantik-Charta vom 14. August 1941³ die Kernpunkte für den Aufbau einer friedlichen Nachkriegsordnung in Europa. In den acht Artikeln der Charta wurden unter anderem ein umfassendes System der Sicherheit in Europa gefordert, ein Annexionsverbot, also der Verzicht auf gewaltsam durchgesetzte Gebietsansprüche, ausgesprochen, sowie die Achtung der Gleichheit aller Staaten und des Selbstbestimmungsrechtes wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit und soziale Sicherheit. Sie blieben die einzige politische Willenserklärung aller gegen Deutschland Krieg führenden Staaten und wurden zur Basis der UN-Charta vom 26. Juni 1945. Doch trotz der auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) abgegebenen „Erklärung über das befreite Europa“, die allen Völkern Europas Selbstbestimmungsrecht und Frieden versprach, versank die Welt nach dem Ende des Krieges am 8. Mai und den schwierigen Gesprächen auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) in einer Periode des Kalten Krieges.

Die Ausgangslage von 1989: Vier Mächte mit je eigener Sicht

45 Jahre später waren die beiden deutschen Staaten fest in die jeweiligen west- und osteuropäischen Bündnisse der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit integriert. Die westdeutsche Bundesrepublik war der wichtigste Verbündete der westlichen Alliierten und der nordatlantischen Allianz auf dem Kontinent, eine gefestigte Demokratie und ein zunehmend selbstbewusster Akteur in der europäischen Politik.

2 Die „Declaration by United Nations“ unterzeichneten 26 Regierungen von im Krieg gegen Deutschland stehenden Staaten. Bis zum Kriegsende kamen 19 weitere Staaten hinzu.

3 Diesen von Präsident Franklin D. Roosevelt und Premier Winston Churchill formulierten Prinzipien stimmte die Sowjetunion am 24.9.1941 auf der zweiten Sitzung des Interalliierten Rates zu – gemeinsam mit neun weiteren von Deutschland besetzten bzw. im Krieg befindlichen Ländern.

Für die sowjetischen Interessen in Europa war die DDR von besonderer Bedeutung. Deshalb beharrte Michail Gorbatschow noch Ende 1989 auf dem Status quo, welcher der Sowjetunion auch eine Mitsprache über die Neuordnung Europas garantierte. Allerdings sah Gorbatschow in der DDR nicht mehr den einzigen Schlüssel: Seit die westdeutsche Ostpolitik der 1970er Jahre die europäische Nachkriegsordnung de facto anerkannt hatte, war sie mehr und mehr verlässlich für die Sowjetunion geworden. In demselben Maße verlor für sie die DDR eine Säule ihres historischen Rechts in der Nachkriegsordnung. Der triumphale Empfang in der Bundesrepublik im Juni 1989 zeigte Gorbatschow, dass die Bundesrepublik ein potentieller Partner für die Annäherung der Sowjetunion an Europa war. Für Gorbatschows europäische Vision hatte die „deutsche Frage“ daher gewissermaßen einen instrumentellen Charakter; sie verhielt sich zum eigentlichen Ziel – der Einbeziehung der Sowjetunion in das „gemeinsame europäische Haus“ – wie ein Mittel, die deutsche Einheit quasi als Gegenleistung.

Für die USA waren die europäischen Ambitionen Gorbatschows eine akute Herausforderung. Der seit Anfang 1989 amtierende amerikanische Präsident George Bush sen. suchte denn auch nach einer Antwort auf Gorbatschows Projekt. Ein Element dieser Antwort bestand darin, die „deutsche Frage“ wieder auf die Tagesordnung zu setzen. So hieß es in der neuen europapolitischen Strategie des Weißen Hauses vom März 1989, dem sogenannten Scowcroft-Memorandum: „Heute sollte die oberste Priorität der amerikanischen Europapolitik das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland sein. [...] Selbst wenn wir bei der Überwindung der Teilung Europas durch mehr Offenheit und Pluralismus Fortschritte machen, ist keine Vision des künftigen Europas denkbar, die nicht auch eine Stellungnahme zur ‚deutschen Frage‘ enthält.“⁴ Die USA sahen also, genau wie die Sowjetunion, den Schlüssel für die Neuordnung Europas in der Lösung der „deutschen Frage“, allerdings mit einer anderen Priorität: Für die USA ging die Lösung der „deutschen Frage“ vor, sie war ein Ziel an sich, weil deren Lösung die europäische in ihrem Interesse am besten präjudizierte, indem sie den USA den Status quo sichern und den Fuß in Europa erhalten konnte. Damit verhielt es sich genau umgekehrt wie bei der Sowjetunion, die mit der Lösung der „deutschen Frage“ etwas anderes als den Status quo anstrebte, nämlich eine stärkere Anbindung an Europa.

Anders sah es die britische Regierungschefin Margret Thatcher. Sie hatte die Sorge, dass sich durch ein vereintes Deutschland die Balance in Europa wieder grundlegend verschieben würde. In einem Gespräch mit Gorbatschow äußerte sie Ende September 1989, weder Großbritannien noch Westeuropa seien interessiert an der Vereinigung Deutschlands. Der Grund dafür: „Sie [die Vereinigung] würde die Nachkriegsgrenzen verschieben, und das können wir nicht zulassen, weil eine solche Entwicklung die Stabilität der gesamten internationalen Situation unterminieren würde.“⁵

4 Zelikow/Rice, a.a.O., S. 58.

5 Record of the Conversation between Gorbachov and Margret Thatcher, September 24, 1989, notes of Anatoly Chernyaev, Archive of the Gorbachov Foundation; zitiert bei Mary Elise Sarotte, 1989. *The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Oxford 2009, S. 28.

Tatsächlich stand Margret Thatcher in Europa keineswegs allein da mit ihrer Furcht vor einem vereinten Deutschland, das die europäische Nachkriegsordnung in Frage stellen würde.⁶ Auch Präsident François Mitterrand teilte diese Sorge vor einem neuen deutschen Übergewicht in Europa, suchte aber von Anfang an nach einer konstruktiven Lösung. Während seines Besuches bei Gorbatschow in Kiew am 7. Dezember 1989 sagte er: „Die deutsche Frage darf nicht den europäischen Prozess bestimmen, sondern umgekehrt. Und: An erster Stelle – ich wiederhole es – muss die europäische Integration stehen, die osteuropäische Entwicklung, der gesamteuropäische Prozess und die Schaffung einer europäischen Friedensordnung [!]. Wenn die USA daran teilnehmen werden, dann gibt uns das zusätzliche Garantien.“⁷

Im Unterschied zu Thatcher bestand Mitterrands Antwort darin, neben der vertieften europäischen Integration Deutschlands auch einen gesamteuropäischen Prozess (KSZE) zu einem neuen europäischen Sicherheitssystem zu fördern. Wie aber verhielten sich die Deutschen angesichts der neuen Lage?

Zusammenwachsen: Helmut Kohls »10-Punkte-Programm«

Drei Wochen nachdem die beiden deutschen Staaten ihre Grenzen geöffnet hatten, kam es von westdeutscher Seite zu einer ersten deutschlandpolitischen Initiative. Am 28. November 1989 stellte Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag sein „10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor.

Als Ziel formulierte Helmut Kohl: „Mit dieser Politik wird auf einen Zustand des europäischen Friedens hingewirkt, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.“ Das Ziel, die deutsche Einheit, ist gekoppelt an eine Bedingung: „ein Zustand des europäischen Friedens“. Die Annäherung beider deutscher Staaten musste in eine gesamteuropäische Entwicklung eingebettet werden, mittelfristig im Rahmen einer Konföderation, langfristig mit dem Ziel der deutschen Einheit. Dazu gehörten der „EG-Beitritt reformorientierter Ostblockstaaten“, eine institutionelle Vertiefung des KSZE-Prozesses, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie „die ebenso schwierige, wie entscheidende Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa“. Das aber hieß: Der deutsche Einigungsprozess muss eingebettet sein in den europäischen, an dessen Ende auch die deutsche Einheit steht.

Dieses „10-Punkte-Programm“ stieß bei den Parteien im Bundestag auf breite Zustimmung, obwohl im Nachhinein die Rede von Konföderation und Einheit auf lange Sicht nicht mehr gern erwähnt wurde. Sogar die neue DDR-Regierung unter Hans Modrow erkannte an, dass Kohl damit auch ihr Konzept einer „Vertragsgemeinschaft“ zwischen beiden deutschen Staaten aufgenommen hatte. Im Übrigen war das Thema „Wiedervereinigung“ in der

6 Vgl. Alexander von Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Bonn 2002, S.136-144.

7 Zitat bei: Plato, a.a.O., S. 138. Anm. 22 (Gorbatschow-Stiftung, 89DEC06).

DDR-Bevölkerung längst noch nicht allgemein auf der Tagesordnung. Laut „Spiegel“-Umfrage waren sogar noch 71 Prozent dagegen, nur 27 Prozent dafür.⁸ Die oppositionellen Parteien in der DDR äußerten sich damals zur deutschen Vereinigung ebenfalls eher ablehnend.

Ein Beispiel für den damaligen Umgang mit der Frage der Einheit lieferten die ostdeutschen Sozialdemokraten, die eine Woche nach Kohls Rede erklärten: „Die Sozialdemokraten in der DDR bekennen sich zur Einheit der Deutschen Nation. Diese Einheit muss von beiden deutschen Staaten gestaltet werden.“ Das kam der Idee einer Konföderation, die Bundeskanzler Helmut Kohl Ende November vorgestellt hatte, sehr nahe. Allerdings stellte die SDP auch fest, dass die europäische Frage eng damit verbunden sei: „Die Gestaltung der deutschen Einheit ist nicht allein unsere Sache. Sie muss so geschehen, dass der Aufbau einer europäischen Friedensordnung nicht gefährdet, sondern gefördert wird.“⁹

Übereinstimmung im Vorgehen, Unterschiede in der Bündnisfrage

Schon am Tag nach der Verkündung von Kohls „10-Punkte-Plan“ reagierte Präsident Bush und definierte für die USA „Vier Prinzipien“: Erstens, die „Selbstbestimmung muss vorbehaltlos und ungeachtet des möglichen Ausgangs angestrebt werden“; zweitens, die deutsche Vereinigung muss „im Rahmen einer weiteren Einbindung Deutschlands in der Nato sowie in eine zunehmend integrierte Europäische Gemeinschaft“ geschehen; drittens, alles muss in einem „friedlichen, graduellen [...] Prozesses“ stattfinden; und viertens, in Übereinstimmung mit der Schlussakte von Helsinki, muss die Unverletzlichkeit existierender Grenzen respektiert werden.¹⁰

Auffällig war zu diesem Zeitpunkt ein zentraler Unterschied: Kanzler Kohl erwähnte die Nato nicht, Bush erklärte die Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands dagegen zur Bedingung der Einheit. Die militärische Bündnisfrage wurde damit zum entscheidenden Faktor dafür, was für eine europäische Friedensordnung angestrebt wurde.

Worum es für die Vereinigten Staaten ging, erklärte Condoleezza Rice, damals im Nationalen Sicherheitsrat des Präsidenten, später so: „Es ist richtig, dass die USA tatsächlich nur eine Sorge hatten, diejenige nämlich, dass die Wiedervereinigung Deutschlands die Nato zerstören könnte. Denn die Nato war die treibende Kraft für den Frieden in Deutschland, der Anker Amerikas in Europa.“¹¹ Die USA erkannten zwar verschiedene Instrumente der europäischen Integration Deutschlands an, distanzierten sich aber von Anfang an von der Idee, dass die deutsche Vereinigung eine prinzipiell neue Architektur einer europäischen Friedensordnung erfordere.

8 Vgl. „Der Spiegel“, 18.12.1989.

9 „Erklärung der SDP zur deutschen Frage“ vom 3.12.1989, Privatarchiv Hans Misselwitz.

10 Robert L. Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht, Berlin 1999.

11 Interview mit Condoleezza Rice vom 17.9.1999, in: Alexander von Plato, Die Vereinigung Deutschlands, a.a.O., S. 29.

Abgesehen von der (unterschiedlich beurteilten) Bündnisfrage stimmten zu diesem Zeitpunkt die entscheidenden internationalen Akteure jedoch darin überein, dass die deutsche Einheit erst am Ende eines Prozesses stehen sollte – sofern davon überhaupt schon die Rede war. Für die Sowjetunion war die deutsche Einheit jedenfalls bis Februar 1990 kein Thema, und auch Frankreich und Großbritannien sahen wie die USA einen längeren „friedlichen, graduellen [...] Prozess“ vor sich.

Noch am 4. Januar 1990 sagte Helmut Kohl in einem mehrstündigen Gespräch mit Präsident Mitterrand zur Frage der Bündniszugehörigkeit, die angestrebten konföderativen Strukturen bedeuteten, „dass die beiden Länder in einer Übergangszeit zusammenarbeiten, obwohl sie unterschiedlichen Blöcken angehörten“. Und Mitterrand mahnte, laut den Akten des Bundeskanzleramtes, zur Vorsicht: „Die Vereinigung Deutschlands dürfe nicht so erfolgen, dass die Russen sich verhärten.“ Er habe keine Antwort darauf, „wie die Sowjetunion das Aufgeben ihrer militärischen Position akzeptieren werde, wenn nicht die USA und die anderen Mächte ihre Position aufgeben.“ Als Mitterrand am Ende des mehrstündigen Treffens fragte, was Kohl Gorbatschow gegenüber äußern wolle, antwortete dieser: Er wolle ihm sagen, „dass man Zeit brauche [...], wenn Gorbatschow Vertrauen habe, dass wir kein *fait accompli* schaffen wollen, sehe er [...] eine Chance für ein Arrangement.“¹²

Januar 1990, die Wende in Washington: Je schneller, desto besser

Zwei Wochen später vollzieht Washington einen Strategiewechsel. Die 180-Grad-Wende, die das vom National Security Council (NSC) entworfene Konzept vom 19. Januar 1990 bedeutete, definierte das „Fenster der Gelegenheit“ zu einem Zeitfenster um: Je schneller, desto besser, lautete die Devise. Dieser Entscheidung lag die amerikanische Einschätzung zugrunde, dass „die Alternative einer eigenständigen, demokratischen DDR gar nicht mehr bestand und ein beschleunigter Vereinigungsprozess [...] die Möglichkeit, ihm Steine in den Weg zu legen, nur minimieren konnte“. Die USA fürchteten – so berichtet Robert Hutchings, damals Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat beim Präsidenten der USA –, dass mit fortgesetztem Prozess dieser wegen der bestehenden alliierten Rechte „in völlig unkalkulierbare Richtungen führen könnte, etwa zu einer internationalen Friedenskonferenz“, oder „dass Moskau die Deutschen bedrängen könnte [...], etwa auf einen Austritt aus der Nato.“¹³ Es sollte auf jeden Fall verhindert werden, dass die Deutschen vor die Alternative gestellt würden, zwischen Nato und Einheit wählen zu müssen. Deshalb wollte man „Moskau vor derart viele *fait accomplis* stellen, dass die Sowjets nur noch zu hohen eigenen Kosten an Gegenmaßnahmen denken konnten.“¹⁴

12 „Deutsche Einheit“, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 684 ff.

13 Robert L. Hutchings, a.a.O., S. 154 f.

14 Ebd., S. 156 f.

Dass sich die deutsche Vereinigung letztlich in jenem engen Zeitfenster bis zum 3. Oktober 1990 vollzog, dazu trugen nicht nur die USA bei, die mit der Idee eines „Sechser-Mechanismus“¹⁵ statt einer internationalen Friedenskonferenz Bewegung in den internationalen Verhandlungsprozess brachten und diesen noch Anfang Februar in Ottawa verabredeten. Auch DDR-Ministerpräsident Modrow erkannte den Zeitfaktor und warb für das Vorziehen der freien Wahlen auf den 18. März, um mit seiner Initiative „Deutschland einig Vaterland“ vom 1. Februar die Zeit für sich zu nutzen. Und Bundeskanzler Kohl nahm Gorbatschows Zusage vom 10. Februar, „dass es Sache der Deutschen ist, den Zeitpunkt und den Weg der Einigung selbst zu bestimmen“,¹⁶ als Signal für eine Abkürzung des Weges zur deutschen Einheit: Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz, Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Einführung der DM in der DDR noch im Sommer 1990. Schließlich galt das Votum der Ostdeutschen bei der ersten und zugleich letzten freien Volkskammerwahl am 18. März als demokratische Legitimation für einen kurzen Prozess: 48 Prozent stimmten für Helmut Kohls „Allianz für Deutschland“, der am Tag danach feststellte, die DDR-Bürger hätten sich „ohne jeden Zweifel für die Einheit Deutschlands entschieden“.¹⁷

Vor einigen Jahren hat die amerikanische Historikerin Mary Elise Sarotte untersucht, welche Alternativen zur Lösung der „deutschen Frage“ insgesamt in der Diskussion waren.¹⁸ Sie unterscheidet dabei vier Modelle. Dass sich von diesen am Ende ein Modell durchsetzte, bedeutet nicht, dass die anderen von Anfang an unrealistisch waren, vielmehr lässt sich daran zeigen, warum die Entscheidung so und nicht anders erfolgte.

Erstens: Das Restaurations-Modell

Das Restaurations-Modell basiert auf der Wiederherstellung der Zuständigkeiten von 1945. In ihm treten die Siegermächte demonstrativ wieder in ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes ein – solange, bis sie diese durch den Abschluss eines Friedensvertrages mit dem vereinten Deutschland beenden. Diesem Modell entsprach im Dezember 1989 ein Treffen der Viermächte-Vertreter in Berlin, das erste seit Jahrzehnten. In der Tat hätte der Fall eintreten können, dass sich die Sowjetunion für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der DDR auf ihre Rechte berufen hätte. Aber auch auf die Frage des völkerrechtlich ausstehenden Friedensvertrages mit Deutschland mussten die vier Mächte eine Antwort geben. Für die Sowjetunion gab es Vorbild einerseits die gegenüber Österreich nach 1945 angewandte Lösung mit dem Ziel: Souveränität durch Neutralität. Andererseits war sie auch für

15 Zelikow/Rice, a.a.O., S. 238 ff. und S. 562, Fußnote 31.

16 Presseerklärung von Bundeskanzler Dr. Kohl zum Treffen mit Präsident Gorbatschow am 10.2.1990, in: „Deutschland Archiv“, 3/1990, S. 474.

17 Ansprache von Bundeskanzler Dr. Kohl zur Eröffnung der Konferenz für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa in Bonn am 19.3.1990, in: „Bulletin“, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 37, 20.3.90, S.285 ff.

18 Mary Elise Sarotte, 1989, a.a.O., Zusammenfassung S. 196-201.

Verhandlungen über einen Friedensvertrag empfänglich, der zudem im Interesse vieler ehemals mit Deutschland im Krieg befindlichen Staaten war, weil damit noch gegenüber Deutschland bestehende Ansprüche hätten geregelt werden können.

Dafür, dass dieses Modell nicht zum Zuge kam, war sowohl der allgemeine Wunsch, von Bush bis Gorbatschow, verantwortlich, den friedlichen demokratischen Wandel in der DDR zu unterstützen, als auch der innere wie äußere Handlungsdruck, der sich aus der zunehmenden Instabilität der DDR ergab. Auch musste man davon ausgehen, dass Friedensverhandlungen mit den zuletzt 55 Kriegsgegnern Deutschlands zu kaum kalkulierbaren Komplikationen führen würden. Vor allem aber lag es im Interesse der USA, eine solche Situation zu vermeiden, weil sie befürchteten, dass Moskau in solchen Friedensverhandlungen einen zu großen Einfluss ausüben könnte.

Aus durchaus unterschiedlichen Motiven verständigten sich die vier Mächte darauf, eine Minimal-Lösung für eine notwendige „friedensvertragliche“ Regelung zu finden. Sie sollte das immer noch vorhandene Privileg der vier Mächte, aber auch die Beteiligung der Deutschen garantieren. Das Format für die Verhandlungen wurde am 12. Februar 1990 in Ottawa anlässlich einer KSZE-Konferenz beschlossen (gegen den Widerspruch einiger europäischer Länder). Es hieß „Vier-plus-Zwei“, auf Deutsch „Zwei-plus-Vier“, damit es nicht nach einer Viermächtekonferenz alten Stils aussah. Das Mandat der Verhandlungen war strikt begrenzt: Es ging um die Bedingungen für die förmliche Beendigung der Siegerrechte in Bezug auf Deutschland, wozu auch die Grenzen und die zukünftige militär- und außenpolitische Verfassung des vereinten Deutschlands gehörten, nachdem es seine Souveränität wiedererlangt haben würde.

Zweitens: Das Konföderations-Modell

Schon Helmut Kohl hatte das Konföderations-Modell in seinem 10-Punkte-Programm zumindest als ein Übergangsmodell vorgeschlagen. Die föderative Struktur der Bundesrepublik bot dafür institutionelle Analogien. Auf DDR-Seite gab es mit der Idee der „Deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft“ eine Entsprechung. Die SPD griff in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Formel „zwei Staaten in einer Nation“ von Willy Brandt zurück.

Das Konföderations-Modell kam aber auch den französischen Ideen mit Blick auf Europa als Ganzes nahe, dem „Europa der Vaterländer“ (Charles de Gaulle). Den Briten war das Konzept zudem durch ihr Commonwealth vertraut. Es war insofern nicht ohne Vorbild und hätte dem Modus eines schrittweisen Konzepts hin zur deutschen Einheit entsprochen. Die Europäische Gemeinschaft, so wie sie bis Maastricht 1992 bestand, hätte zusätzlich den gemeinsamen Rahmen geboten. Dass dieses durchaus vernünftige Modell nicht umgesetzt wurde, wird mit der Instabilität der DDR erklärt, es lag aber vor allem an dem Strategiewechsel, den Washington Anfang 1990 vollzog, als George Bush ganz auf eine baldige Einheit setzte.

Drittens: Das Modell einer »Gesamteuropäischen Friedensordnung«

Ab Frühjahr 1990 favorisierte die Sowjetunion die Idee einer „Gesamteuropäischen Friedensordnung“, sie konkretisierte sie aber nie so weit, dass daraus ein praktikables Verhandlungsangebot geworden wäre. Ursprünglicher Protagonist dieser Idee war allerdings Präsident Mitterrand. Er sprach Gorbatschow schon am 7. Dezember 1989 in Kiew auf diesen Gedanken an. Doch Gorbatschow nahm die Idee zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf, Mitterrand war enttäuscht.¹⁹ Unterstützung fand dieses Modell im März/April 1990 insbesondere bei den neuen osteuropäischen Demokratien. Sowohl Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki als auch Präsident Václav Havel für die Tschechoslowakei ergriffen konkrete Initiativen für eine Weiterentwicklung der Kompetenzen der KSZE als Rahmen einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Die neue, frei gewählte DDR-Regierung verhandelte im Mai 1990 zusammen mit Polen und der Tschechoslowakei über eine gemeinsame Initiative, um sie noch im Juni 1990 beim KSZE-Treffen in Prag einzubringen. Diese Initiative lief aber in dem Moment ins Leere, als Gorbatschow in Washington die freie Bündniswahl der Staaten entsprechend der KSZE-Schlussakte bestätigte – und damit nicht nur für das vereinte Deutschland, sondern formell auch für alle KSZE-Mitgliedstaaten. Damit war die Idee eines bündnisfreien Europas faktisch gestorben.

Die Besonderheit der von Gorbatschow ebenfalls ab März/April 1990 verfolgten Linie, auf eine neue gesamteuropäische Sicherheitsstruktur zu setzen, lag in der Forderung einer Übergangszeit, in der Nato und Warschauer Pakt fortbestehen sollten. Damit schloss er an die im Februar mit den USA verabredete Formel an, dass das vereinte Deutschland Mitglied der Nato sein könne, sofern dies den militärischen Status quo nicht verändere, sprich: kein Nato-Soldat auf DDR-Territorium stationiert würde. Gleichzeitig ging er aber darüber hinaus: In der Übergangsperiode sollte über eine gesamteuropäische, blockübergreifende Friedensordnung verhandelt werden. Dieses Szenario überschritt jedoch die Kompetenz der vier Mächte, konnte also kein Gegenstand der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen sein, sondern musste der für den November angesetzten KSZE-Vollversammlung vorgetragen und alles Weitere den 35 KSZE-Staaten überlassen werden.

Viertens: Das »prefab model«

Dieses Modell wird von Mary Sarotte *prefab* genannt – wegen der Übertragung „vorgefertigter“, also bereits vorhandener westdeutscher Institutionen auf Ostdeutschland. Zunächst sollte dieses Modell auf Ostdeutschland angewandt werden, später dann auf den gesamten neuen, erweiterten postsowjetischen Bezugsrahmen. Das Hauptargument dafür: Das zunächst rationellere und wohl auch kostengünstigere Modell der Konföderation hätte (wenn

¹⁹ Von Plato, a.a.O., S. 138.

auch nur für eine mittlere Übergangsfrist) eine stabile DDR vorausgesetzt. Diese Voraussetzung schien Anfang 1990 nicht mehr erfüllt. So erschien die Übernahme des westdeutschen Institutionen-Modells als die passende Antwort auf die Situation Anfang 1990. Das Argument, die deutsche Vereinigung möglichst schnell vollziehen zu müssen, diente als Begründung für einen Beitritt der DDR zur BRD nach Art. 23 Grundgesetz, mithin also für die Ausdehnung der westlichen Institutionen. Das damals praktizierte Modell des Institutionen-Transfers von West nach Ost erwies sich später – wie wir bis heute erleben – als ein attraktives, später mehr und mehr normativ angewandtes Konzept der Neuordnung des postkommunistischen Europas.

Lösung »Zwei-plus-Vier« und der europäische Frieden als offene Frage

Von den hier genannten alternativen Modellen wurde 1990 schließlich mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ein Mischtypus realisiert, der Elemente des *restoration models* mit dem *prefab model* verband. Dem Restaurations-Modell entsprechen formal das Verfahren und die die Viermächte-Verantwortung betreffenden Entscheidungen, aber auch Elemente des Zwei-plus-Vier-Abkommens, die sich auf das vereinigte Deutschland beziehen. Dazu gehören insbesondere die militärisch-politischen Rahmenbedingungen, die das Abkommen für das vereinte Deutschland festlegt (keine ABC-Waffen, Truppenobergrenzen, aber auch: keine territorialen Forderungen, Friedenspflicht bzw. Kriegsführungsverbot durch die Verfassung). Damit nimmt das Abkommen ausdrücklich Bezug auf Verpflichtungen, die 1945 im Potsdamer Abkommen von den Siegermächten formuliert wurden.

Das *prefab model*, das viel größere Bedeutung für das Ergebnis hatte, betrifft die konkrete Umsetzung. Diese wurde praktisch nicht vorgeschrieben, es sei denn unter Erwähnung allgemeiner völkerrechtlicher Prinzipien. Insofern trat mit dem 3. Oktober 1990 in Ostdeutschland in Kraft, was in der Bundesrepublik, aber auch in den Institutionen der europäischen Integration, bereits existierte. Mit einer wichtigen Ausnahme: Militärische Kapazitäten, Stäbe und Übungen der Nato sollten nicht über das bis 1990 existierende Nato-Gebiet auf das Territorium der vormaligen DDR vorrücken.

Das am Ende für alle akzeptable Ergebnis – der Zwei-plus-Vier-Vertrag – kam zustande, indem es simultan und zügig auf unterschiedlichen Ebenen verhandelt wurde. Letztlich wurde das Vertragswerk aber vor allem dadurch zustimmungsfähig gemacht, dass es alle in diesem Format nicht lösbaren Kontroversen auslagerte. Das „enge Zeitfenster“, von dem von Februar 1990 an ständig die Rede war, war politisch das willkommene Argument und praktisch das geeignete Instrument, um den Einfluss der Sowjetunion zu minimieren. Diese 180-Grad-Wende vom Januar 1990 unterlief jedoch die zuvor allgemein akzeptierte Bedingung, die deutsche Frage unter der Bedingung eines „Zustand(s) des europäischen Friedens“ zu lösen.

Was noch im November 1989 von Helmut Kohl in seinem „10-Punkte-Programm“ als erklärtes Ziel galt, einen „Zustand des europäischen Friedens zu

schaffen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann“, also die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung, wurde mit der im November 1990 verabschiedeten „Charta von Paris“, als der Charta einer europäischen Friedensordnung, zumindest versucht. Sie sah vor, der KSZE als Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausreichend Kompetenzen für die Konfliktvermeidung und -regelung zu verschaffen. Doch noch bevor diese Kompetenzen installiert waren, entstand ein gefährliches Vakuum in Europa, dessen katastrophaler Ausdruck der Sezessionskrieg in Jugoslawien war. Bekanntermaßen begegnete man dem Problem der (bis heute) nicht verwirklichten gesamteuropäischen Friedensordnung stattdessen mit einer sukzessiven Ausweitung der Nato nach Osten – mit der Folge einer zunehmenden Isolation Russlands.

Vergleicht man daher das Ergebnis von 1990 mit den beiden Hauptzielen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg hinsichtlich einer künftigen Friedensordnung in Europa, so kann man Folgendes feststellen: Das erste Ziel, Sicherheit vor Deutschland zu schaffen, wurde auf lange Zeit erreicht. Es gab kein zweites Versailles, keine zweite Demütigung Deutschlands. Zur Furcht vor einem aggressiven deutschen Nationalismus besteht derzeit kein Anlass.

Das zweite Ziel – kein „Sonderfrieden“ oder „Separatfrieden“ mit Deutschland, der die Siegermächte gegeneinander ausspielt – wurde aus der Sicht Russlands hingegen nicht eingelöst. Die Sowjetunion akzeptierte 1990, dass dem ersten Ziel (Sicherheit vor Deutschland) mit der Einbindung Deutschlands in eine damals zugesagte reformierte Nato besser gedient sein könnte als mit einem neutralen Deutschland. Sie konnte zudem auch das zweite Ziel, kein Separat- oder Sonderfrieden, in dem im Zwei-plus-Vier-Vertrag noch festgeschriebenen Konsens der Nichterweiterung der Nato nach Osten erfüllt sehen. Hinzu kam das Versprechen der Nato in der Londoner Erklärung vom Juli 1990, wonach das westliche Bündnis den Warschauer Pakt nicht länger als Feind betrachte, und die Zusage, am Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu arbeiten. Dieser Geschäftsgrundlage sämtlicher Vereinbarungen über Deutschland, den Abzug der sowjetischen Truppen inbegriffen, wurde jedoch in den folgenden Jahren nicht mehr entsprochen.

Deutschland ist heute fest im westlichen Bündnis verankert. Daraus folgt eine besondere Verantwortung des Landes für den Frieden in Europa und nicht zuletzt gegenüber Russland, das weder in die europäischen noch in die atlantischen Bündnisse integriert ist. Jenseits historischer Verantwortung geht es heute um diejenige, die aus der Zustimmung zur deutschen Vereinigung und zur weiteren Westbindung Deutschlands erwächst, also um den Vertrauensvorschuss von damals, der ohne eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands nicht eingelöst ist. Das „Geschenk der deutschen Einheit“ ist somit Grund genug, sich mit allen Kräften dafür zu engagieren, die Fenster für eine Ordnung des Friedens in ganz Europa wieder zu öffnen – so schwer der Weg dahin auch sein mag.

Die beste Zukunftsanlage ist die Erhaltung der Umwelt.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus der Zerstörung der Umwelt. Im großen Stil werden die Wälder gerodet, die Meere geplündert, die Gewässer verseucht, die Luft verpestet. ProSolidar verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie für Konzernkritik.

Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.



ProSolidar 
Leben statt Profit

- Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich weitere Informationen.

Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar

- Festeinlage (ab 500 Euro) Euro
 Spareinlage (mind. 20 Euro/mtl.) Euro

**Fordern Sie das
kostenlose Anlage-
Prospekt an!**

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname _____	Alter _____	Beruf _____
Straße, Hausnr. _____		PLZ, Ort _____
Mail _____		Telefon _____
Geldinstitut _____		BIC _____
IBAN _____		Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Besteuerungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gläubiger-ID: DE30PR00000029847

Bitte ausschneiden und zurücksenden an: **ProSolidar** / Schweidnitzer Str. 41 / 40231 Düsseldorf
Tel. 0211 - 26 11 210 / Fax 0211 - 26 11 220 / Mail info@ProSolidar.net / www.ProSolidar.net